



© European Union 2022/ Christophe Licoppe

## Aus dem Inhalt

Reformen und Solidarität .....	2
Zukunftskonferenz empfiehlt EU-Reform.....	3
Silberbach befürwortet Mehrheitsentscheidungen.....	5
Das Europäische Semester .....	6
Gespräch mit Joachim Schuster MdEP .....	7
Der Strategische Kompass der EU .....	9
Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Dienste.....	11
Resiliente Bildungssysteme für Europa .....	12
Neues Europäisches Bauhaus .....	13
Auf dem Weg zur Gesundheitsunion.....	14
Ticker .....	15
Studie zur digitalen Transformation .....	19
Europäische Pflegestrategie .....	19

### Impressum:

Herausgeber: dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin,  
Telefon: +49 (0) 30 / 40 81 - 40, Fax: +49 (0) 30 / 40 81 - 49 99  
VidP: Christian Moos, Nicolas Engelbarts, Hendrik Meerkamp  
Für die Inhalte der in den dbb europathemen gelinkten Internetseiten übernimmt die Redaktion keine  
Verantwortung.  
Kontakt / Abonnement: europathemen@dbb.de

## Editorial

Zum diesjährigen Europatag am 9. Mai legte die Konferenz zur Zukunft Europas ihre 49 Vorschläge vor. Ein handlungsfähigeres Europa und mehr europäischer Zusammenhalt sind ihr Leitmotiv, europäische Gemeingüter ihr Hauptgegenstand. Um Zusammenhalt ging es auch während des Besuchs der Kommissionspräsidentin bereits am 8. April in Kiew. Ein handlungsfähiges Europa, einig gegen die russische Aggression, ist eine zentrale Voraussetzung für wirksame Solidarität mit der Ukraine. Das Europäische Parlament eröffnete am 4. Mai den Weg zur Einberufung eines neuen Konvents. Auch für den öffentlichen Dienst sind das wichtige Entwicklungen. Denn ein Konvent würde die Aufgabenverteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten neu verhandeln. Im Raum steht die Frage, wie die EU souveräner werden kann, um das europäische Lebensmodell, Freiheit und Menschenwürde, besser zu verteidigen. Der russische Überfall auf die Ukraine ist ein Angriff auf die europäische Ordnung insgesamt. Er ist ein Game Changer, der den Veränderungsdruck auf die europäische Politik massiv erhöht und auch die Vorschläge der Konferenz zur Zukunft Europas in ein anderes Licht rückt.

Ihre Redaktion

## Reformen und Solidarität

Schon vor dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine war der Veränderungsdruck, der auf der EU und ihren Mitgliedstaaten lastete, enorm groß. Demografische Alterung, Digitalisierung und Erderwärmung lauteten nur die wichtigsten Schlagworte für den rasanten Wandel, der ein hohes Maß an Anpassungsbereitschaft erfordert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt auf die Probe stellt. Das vereinte Europa steht seit dem Kriegsausbruch vor seiner bis dato größten Herausforderung. Es muss eine Vielzahl von Reformen angehen, um der Aggression standzuhalten und Wirtschaft und Gesellschaft auf eine neue Zeit vorzubereiten. Dem öffentlichen Dienst kommt dabei große Bedeutung zu, denn die Veränderungsprozesse erfordern staatliche Steuerung und sozialstaatlich garantierte Solidarität.

Die lange europäische Friedenszeit und die globalisierte Wirtschaft ließen hoheitliche staatliche Aufgaben in manchen Augen wie ein Relikt aus alter Zeit erscheinen. Mit einem Mal ist alles anders. Auf die Geißel der Seuche folgte die des Krieges, und während in Deutschland und Europa die Preise für viele Güter explodieren, droht in ärmeren Teilen der Welt eine Hungerkatastrophe. Äußere Sicherheit und staatlich gewährleistete Energiesicherheit stehen ganz oben auf der Tagesordnung. Ziviler Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, die ebenso wie die militärische Wehrfähigkeit über Jahrzehnte vernachlässigt wurden, bekommen ganz neue Bedeutung. Die Globalisierung scheint mit ihren vermeintlich die Geschichte aufhebenden Gewissheiten, zumindest in ihrer bisherigen Form, an ihr Ende gekommen zu sein.

Nicht nur Deutschland steht vor einer „Zeitenwende“, wie sie Bundeskanzler Olaf Scholz in Bezug auf den Krieg ausgerufen hat. Die Europäische Union insgesamt wird sich verändern müssen. Das ist zumindest die Sicht der Konferenz zur Zukunft Europas, die weitreichende Vorschläge für neue Politiken und handlungsfähigere Institutionen vorgelegt hat. Das ist auch die Sicht der großen Mehrheit der EU-Abgeordneten, die den Moment für einen neuen Konvent gekommen sehen und ihrerseits Reformideen haben. Um all die genannten Herausforderungen erfolgreich bestehen zu können, brauchen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine krisenfeste Daseinsvorsorge, die Sicherheit und Nachhaltigkeit miteinander verbindet. Dazu braucht es agile öffentliche Dienste. Diese wurden aber über viele Jahre durch Sparprogramme und Stellenstreichungen geschwächt. Das rächt sich jetzt. Hohe öffentliche Schuldenstände und der Fachkräftemangel erschweren die Lage. Reformen und Solidarität müssen fortan zusammengedacht werden.

### Öffentliche Gemeingüter im Blickfeld

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach fordert von der europäischen Politik eine Aufwertung der öffentlichen Verwaltung, die Anerkennung ihrer Eigenständigkeit und ihrer Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.



Silberbach: „Privat vor Staat. Für diesen Slogan stand über Jahrzehnte die Wirtschaftspolitik der Europäischen Kommission. Inzwischen weisen unsere europäischen Gesellschaften gefährliche Spaltungen auf, und die Probleme bestehen nicht erst seit der Pandemie. Für die gesellschaftliche Stabilität ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht auf Distanz zu den Institutionen gehen. Das betrifft die staatlichen ebenso wie die europäischen. Die vielen Krisen, die uns gemeinsam in Europa fordern, haben eines gemeinsam: Der Schutz öffentlicher Gemeingüter rückt ins Blickfeld: Gesundheit, Versorgungssicherheit, das Recht auf Bildung - selbstverständlich auch zu Pandemiezeiten - und jetzt die höchsten Güter des Friedens, der Freiheit und einer regelbasierten, Sicherheit gewährleistenden Ordnung, aber auch ein effektiver Klima- und Umweltschutz. Für das alles braucht es eine öffentliche Daseinsvorsorge, die den Namen auch verdient. Für den Schutz öffentlicher Gemeingüter sind personell wie sachlich gut ausgestattete öffentliche Dienste unverzichtbar. Das Recht auf gute Verwaltung darf keine Leerformel sein.“

## Zukunftskonferenz empfiehlt EU-Reform

Am 9. Mai, dem Europatag, nahmen Ratspräsident Emmanuel Macron, Parlamentspräsidentin Roberta Metsola und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen feierlich den Schlussbericht der Konferenz zur Zukunft Europas entgegen. 800 per Losverfahren zufällig ausgewählte EU-Bürgerinnen und Bürger hatten über ein Jahr an Empfehlungen für die Zukunft der EU gearbeitet. Im Europaparlament in Straßburg tagte regelmäßig das Plenum der Konferenz mit 450 Mitgliedern aus Institutionen, Regierungen, Parlamenten und Zivilgesellschaft. Das letzte Plenum, an dem der dbb über seine EWSA-Mitgliedschaft beteiligt war, fand am 30. April statt. Die Empfehlungen der Konferenz sind weitreichend. In ihrem Kern zielen sie auf eine grundlegende Reform der EU.

Macron erklärte anlässlich der Übergabe des Schlussberichts, die Konferenz setze frische Impulse für die weitere Entwicklung der Europäischen Union. Das Europäische Parlament verabschiedete in Reaktion auf die Konferenz schon Anfang Mai mit großer Mehrheit eine Entschließung, mit der es die Einberufung eines neuen Europäischen Konvents fordert beziehungsweise offiziell die Einberufung einleitet, für die es allerdings der Zustimmung einer qualifizierten Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten bedarf. Auch die Kommission will offenbar Tempo machen. Von der Leyen kündigte während der Feierlichkeiten am 9. Mai in Straßburg an: „Bereits im nächsten Monat werden wir darlegen, was erforderlich ist, um Ihre Vorschläge Wirklichkeit werden zu lassen und bestmöglich zu reagieren.“ In ihrer Rede zur Lage der Union im September werde sie erste neue Vorschläge als Reaktion auf den Bericht ankündigen. „Ich möchte klarstellen, dass ich immer auf der Seite derjenigen stehen werde, die die EU reformieren wollen, damit sie besser funktioniert.“ Ein Konvent dürfe kein Tabu sein.

Jedoch stehen einige Regierungen vielen der Konferenzempfehlungen skeptisch bis offen ablehnend gegenüber. Offen ist auch, ob eine qualifizierte Mehrheit, also 14 von 27 EU-Staaten, die zusammen mehr als 65 Prozent der EU - Bevölkerung vertreten, der Einberufung eines Konvents zustimmen werden. Berlin und Paris erklären, offen zu sein für neue Integrationsschritte, auch für eine Reform der EU. In vielen anderen Hauptstädten ist der Widerstand gegen einen neuen Konvent jedoch groß.

Ungewiss bleibt, wie die Mitgliedstaaten mit den Empfehlungen der Konferenz umgehen werden, vor allem auch, wie sie auf die formale Forderung des Parlaments, einen Konvent einzuberufen, reagieren werden. Widerstand ist besonders von zwei Seiten zu erwarten. Zum einen lehnen die ultranationalistischen, autoritäre Tendenzen aufweisenden Regierungen in Polen und Ungarn mehr Europa ab. Aus anderen Moti-



Friedhelm Schäfer, Zweiter dbb Vorsitzender und Fachvorstand Beamtenpolitik: „Krisenfester Staat und handlungsfähiges Europa bedingen einander. Das war so in der Welt der Globalisierung, das wäre auch in einer Welt neuer Machtblöcke so, die uns hoffentlich erspart bleiben wird. Insofern sehen wir als Beamtenbund Bedarf sowohl für ein besser aufgestelltes Europa wie auch für ein besser funktionierendes Deutschland. Viele der Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas sind begrüßenswert, alle bedenkenswert. Jetzt kommt es nur darauf an, die Empfehlungen in einer Weise umzusetzen, die nicht europäische Handlungsfähigkeit auf Kosten staatlicher Handlungsfähigkeit zu erzwingen versucht. In der Europäischen Union gibt es Grundsätze für die Zusammenarbeit und die Kompetenzverteilung. Wir unterstützen ausdrücklich alles, was unser europäisches Gemeinwesen und die Staaten, die es konstituieren, krisenfester macht. Europa muss für Freiheit, Sicherheit und Wohlstand stehen. Dann bewahren wir die gesellschaftliche Stabilität, die uns auch in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg stark gemacht hat. Die Identität der Mitgliedstaaten, die sich zum Beispiel in der Organisation ihres öffentlichen Diensts ausdrückt, muss in diesem Prozess gewahrt, ja sogar gestärkt werden. Die Organisation des öffentlichen Diensts der Mitgliedstaaten muss domaine réservée der Mitgliedstaaten bleiben.“

ven skeptisch sind die skandinavischen Länder, gleich ob sie von linken oder rechten Parteien regiert werden. Sie fürchten um den Verlust ihres nordischen Sozialstaatsmodells, sorgen sich, mehr EU-Kompetenzen etwa in der Sozial- oder der Steuerpolitik könnten zu einer Absenkung ihrer Standards führen. Es bleibt für die Reformbefürworter also viel Über-

zeugungsarbeit zu leisten. Rückenwind verschaffen ihnen die Großkrisen, die Pandemie und nun der Krieg, deren Folgen alle EU-Staaten gemeinsam bedrohen und die kein Land auf sich allein gestellt beherrschen könnte.

Wie lauten die Empfehlungen der Konferenz? Was sind die Wünsche der 800 gelosten Bürgerinnen und Bürger, die von den Mitgliedern des Plenums der Konferenz begutachtet, beraten und schließlich in einem Bericht zusammengefasst wurden? Die 49 Vorschläge mit rund 300 Einzelmaßnahmen finden sich [hier](#).

Positiv aus dbb Sicht ist die Forderung nach einem Initiativrecht für das Europäische Parlament. Bisher hat die Kommission das alleinige Initiativrecht in der Rechtsetzung. Das Parlament kann Entschlüsse fassen, Forderungen erheben, diese geschickt mit seinen Zuständigkeiten verbinden. Aber es kann keine eigenen Rechtsetzungsinitiativen einbringen. Das Parlament soll darüber hinaus das volle Haushaltsrecht bekommen. Eine weitere wesentliche Empfehlung der Konferenz betrifft die Politikbereiche, in denen bisher noch nach dem Einstimmigkeitsverfahren abgestimmt wird, jeder einzelne der 27 EU-Staaten also Vetomacht hat. Die Konferenz will, dass in praktisch allen Fragen mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird. Einstimmigkeit soll es nur noch in Ausnahmefällen geben, etwa wenn es um die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU geht.

Der dbb spricht sich schon seit langem für Mehrheitsentscheidungen in der Steuerpolitik aus, damit eine bessere Bekämpfung der Steuervermeidung und des Steuerbetrugs möglich wird. Mehrheitsentscheidungen in der Sozialpolitik würde der dbb jedoch kritisch sehen, wenn diese de facto die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für ihre Sozialsysteme in Frage stellen. Eindeutig unterstützenswert erscheint demgegenüber die Empfehlung, die Einstimmigkeit abzuschaffen, wenn es um die Sanktionierung von Mitgliedstaaten geht, die gegen rechtsstaatliche Grundsätze verstoßen. Der dbb sieht in einem gut funktionierenden, klar rechtsstaatlich verfassten öffentlichen Dienst eine tragende Säule der freiheitlichen Demokratie.

Die Konferenz empfiehlt neue europäische, mithin unmittelbar national anwendbare Grundrechte. Diese betreffen vor allem die Familienpolitik, die Ehe für Alle, Adoptionsrechte, aber auch eine Mindestabsicherung im Alter, um Altersarmut entgegenzuwirken. Darüber hinaus schlägt sie ein Bürgerrechtsstatut vor und ein europäisches Gemeinnützigkeitsrecht. In der Sozialpolitik empfiehlt die Konferenz mehr EU-Kompetenzen vor allem im Bereich der Gesundheit. Für die Gesundheitsversorgung und die Pflege soll es allgemeinverbindliche europäische Mindeststandards geben. Die Zielsetzung wäre für den dbb kritisch, wenn sie die bewährte Organisation und Finanzierung des deutschen Gesundheitswesens in Frage stellte. Ein soziales Fortschrittsprotokoll soll in die Verträge aufgenommen werden, Mindestlöhne sollen europarechtlich garantiert werden. Im Rat wird es Widerstand gegen diese Vorstellungen geben.

Eine wichtige Empfehlung der Konferenz betrifft die Grundrechtecharta, die ein Streikrecht für alle Arbeitnehmenden vorsieht. Die Charta gilt bisher ausschließlich für die Anwendung europäischen Rechts. Die Konferenz aber spricht sich dafür aus, dass sie auch unmittelbar für nationales Recht gelten soll. Diese Forderung macht mit Blick auf die zahlreichen Verstöße gegen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in einigen Mitgliedstaaten Sinn. Für Deutschland erfordert sie aber eine intelligente Lösung in den Verträgen, die die Eigenständigkeit des öffentlichen Dienstrechts gewährleistet und zu keinen nicht beabsichtigten Normenkollisionen führt.

Kritisch ist die Empfehlung zu weiteren gemeinsamen Schuldenaufnahmen. In Deutschland, aber etwa auch in den Niederlanden oder anderen nordischen EU-Staaten wird die Empfehlung zur gemeinsamen europäischen Schuldenaufnahme über den zur Linderung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen eingerichteten einmaligen Aufbau- und Resilienzfonds hinaus auf Widerspruch stoßen. Auch die Bundesregierung, so europafreundlich sie im Grundsatz ist, lehnt dies bisher klar ab.



## Silberbach befürwortet Mehrheitsentscheidungen

Der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach sprach sich anlässlich des Europatags am 9. Mai für mehr europäische Handlungsfähigkeit und eine Aufgabenteilung aus, die alle Ebenen des Staatenverbundes stärkt. Silberbach äußerte sich positiv zum von der Konferenz zur Zukunft Europas vorgeschlagenen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie in der Steuerpolitik. Gleichzeitig forderte er eine Stärkung der europäischen Kompetenzordnung im Sinne von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und klaren Zuständigkeiten für Bund, Regionen und Gemeinden.

Der dbb, so Silberbach, wünsche sich eine EU-Reform, die regionale und mitgliedstaatliche Zuständigkeiten respektiert, schützt und fördert. Gleichzeitig unterstütze der dbb, dass die Handlungsfähigkeit der EU in den Bereichen, in denen sie kompetent ist und kompetenter werden muss, größer wird. Laut Bundesvorsitzenden bedarf es angesichts des Krieges und weiterer gewaltiger Herausforderungen Europas dringend überzeugender gemeinsamer europäischer Antworten. „Wir wollen, dass die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sich so aufstellen, dass sie weiter in Freiheit und Sicherheit prosperieren können.“

Schon lange fordert der dbb eine Konzentration der europäischen Politik auf die für Freiheit und Frieden, Stabilität und Sicherheit in Europa zentralen Politikfelder und Themen sowie den Übergang zu qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik. Ebenso unterstützt der dbb die Forderung, die Einstimmigkeit in der europäischen Steuerpolitik abzuschaffen.

Die Vetomacht einzelner Mitgliedstaaten befördere einen unfairen Steuerwettbewerb und begünstige Steuervermeidung. Der Rat der Europäischen Union müsse daher auch in Fragen der Steuerpolitik mit qualifizierter Mehrheit entscheiden können. „So kann Europas Beitrag zu einem faireren Wettbewerb, mehr sozialer Gerechtigkeit und einem gestärkten inneren Zusammenhalt besonders wirksam sein“, so Silberbach.

Der dbb Bundesvorsitzende und Vize-Präsident der CESI, Ulrich Silberbach, betonte: „Wir haben das Prinzip der Zukunftskonferenz immer sehr positiv bewertet, waren auch über den EWSA direkt hieran beteiligt. Es ist allerdings bedauerlich, dass die Konferenz nach nur einjähriger Arbeit abgeschlossen wurde.“ Der dbb sei eine der vielen Stimmen gewesen, die für eine Fortsetzung der Zukunftskonferenz plädiert hatten. Allerdings wünsche sich der dbb mit Blick auf einen möglichen Konvent oder weitere Konferenzformate eine bessere Einbeziehung der organisierten Zivilgesellschaft inklusive der Sozialpartner in den europäischen Politikprozess. „Gewerkschaften und sonstige organisierte Interessen dürfen nicht marginalisiert werden“, so Silberbach. Das gelte insbesondere auch für die unabhängigen europäischen Gewerkschaften.

Mit den aktuellen Herausforderungen und Krisen gingen ohne Zweifel auch Chancen einher, zeigte sich Silberbach überzeugt: „Es gilt jetzt den europäischen Zusammenhalt, die Demokratie und die Freiheit nachhaltig zu stärken. Europa ist für den Ordnungsrahmen, auf den wir uns besonders auch im öffentlichen Dienst verlassen, wichtiger denn je.“

## 8. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST: Europarechtliche Einflüsse auf das Beamtenrecht



Am Montag, den 27. Juni 2022 von 13:00 bis 16:30 Uhr wird sich das 8. dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST live im dbb forum in Berlin-Mitte mit den Einflüssen des Europarechts auf das deutsche Beamtenrecht befassen. Die Präsenzveranstaltung wird im Livestream begleitet.

Mit dem dbb forum ÖFFENTLICHER DIENST bietet der dbb eine Veranstaltungsreihe und Austauschplattform von Fachleuten für Fachleute und die interessierte Öffentlichkeit zu ausgewählten aktuellen Fragestellungen des öffentlichen Dienstes, schwerpunktmäßig aus dem Beamtenbereich. Weitere Informationen gibt es auf der [dbb Website](#).

>>> Mehr

## Das Europäische Semester

**Das Europäische Semester soll die EU-Mitgliedstaaten zu Reformen motivieren, die den europäischen Zusammenhalt durch eine Annäherung der Lebensbedingungen auf hohem Niveau stärken. Es wurde 2010 als ein jährlicher Zyklus der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung eingeführt und bildet einen zentralen Rahmen für die sozioökonomische Steuerung der EU. Das Europäische Semester ist eine Kernkomponente der Wirtschafts- und Währungsunion und fasst jährlich verschiedene Vorgänge der Haushalts-, Steuer-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zusammen. In seinem Zyklus 2022 nimmt das Europäische Semester seine wirtschafts- und beschäftigungspolitische Koordinierung nach einer Pandemiepause wieder auf. Die Bundesregierung setzt auf den digitalen Wandel.**

Mit der Veröffentlichung des Jahresberichts über nachhaltiges Wachstum wurde der diesjährige Zyklus eingeleitet. In dem Bericht wurde die allmähliche Verlagerung der wirtschaftspolitischen Koordinierung von der Bewältigung der Covid-19-Krise hin zur Schaffung der Grundlagen für einen transformativen und integrativen Aufschwung und eine stärkere Widerstandsfähigkeit im Einklang mit der EU-Strategie der wettbewerbsfähigen Nachhaltigkeit deutlich.

Nationale Reform-, Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Die Mitgliedstaaten haben ihre wirtschafts- und finanzpolitischen Pläne im April vorgelegt. Die wichtigste Neuerung im Zyklus 2022 ist, dass das nationale Reformprogramm eine doppelte Rolle spielen wird. Neben seiner Rolle für das Europäische Semester wird das Reformprogramm auch eine der beiden halbjährlichen Berichtspflichten der Mitgliedstaaten im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität erfüllen. Wie die Bundesregierung am 6. April 2022 verkündete, wurde in diesem Jahr die Erstellung des Reformprogramms vom Beginn des russischen Angriffskriegs in der Ukraine überlagert. Soweit es noch möglich und sinnvoll war, wurden aktuelle Bezüge in den Bericht aufgenommen. Grundsätzlich müsse und wolle Deutschland die strukturellen Herausforderungen – neben der konkreten Krisenbewältigung – nun angehen. Auch vor dem Hintergrund der Herausforderung des Klimaschutzes ziele die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung auf mehr Produktivität und Fortschritt. Dabei könne die weitere Digitalisierung die gesamtwirtschaftliche Wohlfahrt und den Lebensstandard durch neue Wachstums- und Beschäftigungsfelder und gleichzeitige Umstellung auf ein umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften erheblich verbessern. Außerdem soll eine verantwortungsvolle, inklusive und nachhaltige Digitalpolitik den Wandel aktiv mitgestalten, notwendige Strukturanpassungen unterstützen und Innovati-

onspotenziale in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft nutzbar machen.

Veröffentlichung von gestrafften Länderberichten

Ende Mai 2022 werden die Länderberichte einen Überblick über die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen und Herausforderungen geben, mit denen die Mitgliedstaaten konfrontiert sind. Der Überblick wird auch eine Bewertung der Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte enthalten. Auf der Grundlage dieser Analyse werden in den Länderberichten diejenigen Herausforderungen aufgezeigt, die in den Aufbau- und Resilienzplänen nicht ausreichend berücksichtigt wurden.



Bundeskanzler Olaf Scholz beim Europäischen Rat

Vorschläge für länderspezifische Empfehlungen

Zusammen mit den Länderberichten wird die Kommission dem Rat vorschlagen, länderspezifische Empfehlungen anzunehmen. In den länderspezifischen Empfehlungen wird auf die in den Länderberichten ermittelten Hauptprobleme eingegangen, für die politische Maßnahmen erforderlich sind. Außerdem werden hier Empfehlungen zur Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten enthalten sein.

Integration der Ziele für nachhaltige Entwicklung

Wie von Präsidentin Ursula von der Leyen in ihren politischen Leitlinien angekündigt, integriert die Kommission Ziele für nachhaltige Entwicklung ins Europäische Semester. Diese setzen laut Kommission weltweit Maßstäbe. Sie sollen die globalen Anstrengungen in der Bekämpfung von Armut und Klimawandel vorantreiben. Der Monitorbericht der Ziele für nachhaltige Entwicklung wird als Teil des Frühjahrspakets des Europäischen Semesters veröffentlicht werden. Darüber hinaus werden auch die Länderberichte einen eigenen Abschnitt enthalten, in dem die Fortschritte des jeweiligen Landes in jedem Bereich der nachhaltigen Entwicklung erörtert werden.

## Gespräch mit Joachim Schuster

**Europathemen:** Die Europäische Union arbeitet darauf hin, dass die Lebensverhältnisse sich auf hohem Niveau angleichen. Wo stehen wir heute?

**Schuster:** Die EU hat in diesem Hinblick bereits einiges erreicht. Allerdings gibt es nach wie vor große Unterschiede zwischen aber auch innerhalb der Mitgliedsstaaten. Problematisch ist vor allem der Zuwachs von regionalen Ungleichheiten. Hier muss dringend gegengewirkt werden. Zudem haben sowohl die Finanzkrise 2008/09 als auch die Corona-Epidemie die positiven Entwicklungen zurückgeworfen bzw. nachhaltig gebremst. Anders als noch zu Zeiten der Finanzkrise hat die EU jedoch schnell reagiert. Mit dem 750 Milliarden Euro umfassende Wiederaufbaupaket sollen nun nicht nur die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abgemildert, sondern gleichzeitig der Weg für eine rasche wirtschaftliche Erholung in Verbindung mit den europäischen Prioritäten Klimaschutz und Digitalisierung bereitet werden. Dies ist ein großer Fortschritt. Die längerfristigen Folgen des Russischen Angriffskrieges in den einzelnen Ländern und Regionen lassen sich jedoch noch nicht abschätzen.

**Europathemen:** Wie würden Sie das „Europäische Semester“ in einfachen Worten beschreiben?

**Schuster:** Das Europäische Semester ist ein jährlich wiederkehrendes Verfahren bei dem die Wirtschafts-, Fiskal-, Arbeits- und Sozialpolitik in Hinblick auf EU-Ebene vereinbarten Regeln koordiniert und kontrolliert werden. Neben der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen oder der Vermeidung makroökonomischer Ungleichgewichte, konzentriert sich das Semester auch auf Strukturreformen mit Schwerpunkt auf Wachstum, Beschäftigung oder Sozialem. Innerhalb dieses Prozesses, der zum Großteil in der ersten Jahreshälfte („Semester“) stattfindet, diskutieren die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission ihre wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Reformvorhaben und Budgetpläne. Die Kommission erarbeitet Empfehlungen für Strukturreformen, die vom Rat gebilligt und von den nationalen Parlamenten angenommen werden müssen. Anschließend sollen diese Empfehlungen national umgesetzt werden.

Als Teil des EU-Rahmenwerks für die wirtschaftspolitische Steuerung hat sich das Semester anfangs hauptsächlich auf die Durchsetzung der wirtschafts- und fiskalpolitischen Ziele konzentriert. Inzwischen wurden aber auch die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und die Europäische Säule der sozialen Rechte als Wegweiser für unsere Wirtschaftspolitik anerkannt. Es ist außerdem ein wichtiges Instrument zur Umsetzung der neuen Wachstumsstrategie, des European Green Deal.



**Joachim Schuster ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. In der jüngsten Aussprache des Plenums zum Europäischen Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung forderte der sozialdemokratische Abgeordnete eine grundlegende Reform des Zyklus.**

Schuster: „Bisher ist das Semester weitgehend wirkungslos. Hinter verschlossenen Türen werden Strukturreformen entworfen, und dann ist es faktisch ins Belieben der Mitgliedstaaten gestellt, ob sie diese Empfehlung ignorieren oder vielleicht mit Abstrichen umsetzen. Eine effektive Koordinierung leistet das Europäische Semester nicht. Das müssen und können wir ändern! Das Europäische Semester muss demokratischer werden. Wir brauchen keine weiteren Empfehlungen für neoliberale Strukturreformen. Stattdessen brauchen wir eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die eine Steigerung öffentlicher Investitionen ermöglicht und den sozialen Ausgleich fördert.“

**Europathemen:** Hat es seinen Zweck bis dato erfüllen können?

**Schuster:** Die Umsetzungsrate der im Zuge des Europäischen Semesters zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik abgegebenen Politikempfehlungen an die Mitgliedstaaten war bereits zu deren Einführung 2011 unzureichend und ist weiter zurückgegangen. Dabei wird häufig die mangelnde "ownership" der Mitgliedsstaaten und die entsprechend schlechte Umsetzungsrate der Länderempfehlungen kritisiert. Dies kann man zum einen darauf zurückführen, dass die Kommission bisher keine Druckmittel hatte, um die Reformen einzufordern. Zum anderen werden aber auch die politischen Leitlinien von der Kommission in länderspezifische Empfehlungen übersetzt und weder demokratisch be-

schlossen noch ausreichend mit den nationalen Behörden und Stakeholdern etc. ausgehandelt. Entsprechend gering war die Motivation der Mitgliedstaaten, die geforderten Reformen umzusetzen.

**Europathemen:** Wieso wird das Semester mit den EU-Mitteln verbunden, die den Mitgliedstaaten zur Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Corona-Folgen als Darlehen und Zuschüsse zur Verfügung stehen?

**Schuster:** Das Europäische Semester ist mit all seinen Schwächen ein etablierter Mechanismus. Da es bei den Corona-Hilfen vor allem auch um die zeitnahe Verteilung und Umsetzung ankommt, ist eine Verknüpfung mit dem Semester und dessen etablierten Strukturen naheliegend. Allerdings ist die Verausgabung der Mittel auch an weitere Kriterien gebunden. Dadurch will man sicherstellen, dass die Gelder in zukunftsorientierte Projekte fließen, die den Europäischen Zielen wie der digitalen und klimaneutralen Transformation zugutekommen.

Die Verbindung der EU-Mittel an das Europäische Semester war zwischen den politischen Fraktionen durchaus umstritten. Dies lag hauptsächlich an der Unzufriedenheit der progressiveren Kräfte gegenüber den von der Kommission ausgesprochenen Politikempfehlungen, die häufig einer neoliberalen Wirtschaftsauffassung folgten. So wurde in der Vergangenheit seitens der Kommission eine Kürzung öffentlicher Ausgaben verlangt, noch bevor die Wirtschaft in besonders von der Krise 2008/09 betroffenen Mitgliedstaaten wieder richtig Fahrt aufgenommen hatte. In vielen EU-Mitgliedstaaten wurde so eine Senkung der Personalausgaben im öffentlichen Dienst und ein Abbau der Sozialsysteme erzwungen. In der Corona-Krise sind die Konsequenzen dieser Politik insbesondere im Gesundheitswesen schmerzhaft deutlich geworden.

**Europathemen:** Werden die länderspezifischen Empfehlungen durch die Verbindung mit „Next Generation EU“ verbindlicher?

**Schuster:** Die nationalen Wiederaufbaupläne wurden zwar an die länderspezifischen Empfehlungen von 2019/20 angelehnt, folgen aber vor allem den von dem Rat und Europäischen Parlament gemeinsam beschlossenen Schwerpunkten des Wiederaufbaufonds. Die Mitgliedsstaaten mussten innerhalb der beschlossenen Kriterien - zum Beispiel 37 Prozent für den Klimaschutz und 20 Prozent für digitale Ausgaben - selber aktiv werden, um passende Projekte, Reformen und Investitionen vorzulegen und diese in enger Abstimmung mit der Kommission auszuhandeln. Die Mitgliedsstaaten waren viel intensiver in den Prozess eingebunden und mussten eigeninitiativ tätig werden, was ebenfalls eine andere Dimension der Verbindlichkeit herstellt. Aus meiner Sicht ist

dies ein gelungenes Modell für die Zukunft: Demokratisch festgelegte Leitlinien auf EU-Ebene und Einbindung der Mitgliedsstaaten in die Ausarbeitung der länderspezifischen Reformen.

**Europathemen:** Welche Bedeutung haben das Europäische Semester und Next Generation EU für den öffentlichen Dienst und die Verwaltung?

**Schuster:** Der öffentliche Dienst und die Verwaltung sind von dem EU-Semester bzw. Next Generation EU direkt betroffen, da ihnen die Aufgabe zukommt entsprechende Reformen und Projekte auf nationaler und regionaler Ebene zu betreiben und umzusetzen.

**Europathemen:** Wie bewerten Sie das Niveau der Beteiligung von Sozialpartnern und Zivilgesellschaft am Europäischen Semester und an Next Generation EU – auf europäischer und auf nationaler Ebene?

**Schuster:** Eine bessere Einbeziehung der Sozialpartnerinnen und Sozialpartner und der Zivilgesellschaft wäre wünschenswert. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten fordern schon lange, eine engagierte Koordinierung mit den Sozialpartnerinnen und Sozialpartnern und anderen einschlägigen Interessenträgerinnen und Interessenträgern sowohl auf nationaler Ebene als auch auf Unionsebene, um die demokratische Rechenschaftspflicht, die Transparenz und die Kontrollfunktion der Zivilgesellschaft zu stärken. Dies wäre auch für die „ownership“ des Semesters entscheidend.

**Europathemen:** Deutschland besteht darauf, dass Next Generation EU einmalig bleibt und nicht der Einstieg in eine gemeinsame Schuldnerhaftung. Was sagen Sie dazu?

**Schuster:** Es zeigt sich, wie wichtig und effektiv ein solcher Mechanismus wie Next Generation EU ist, um die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen einer solchen Krise abzufedern und die Mitgliedsstaaten auf den Finanzmärkten zu stabilisieren. Das gemeinsame Europäische Krisenpaket ist ein deutliches Zeichen, dass wir aus den Fehlern der vorherigen Krise gelernt haben. Ich halte eine dauerhafte fiskalische Kapazität für wünschenswert, um einerseits große externe Schocks zu bewältigen und andererseits die dringend notwendigen öffentlichen Investitionen, wie zur Bewältigung des Klimawandels, zu steigern. Die Kapazität könnte letztlich die Form eines größeren EU-Haushalts annehmen, der aus eigenen Steuermitteln finanziert wird, eine sinnvolle Größe hat, die Fähigkeit besitzt, im Falle großer Schocks Kredite aufzunehmen, und sich auf die Investitionsprioritäten der EU konzentriert. Ich sehe dadurch keinen Konflikt mit den europäischen Verträgen.

## Der strategische Kompass der EU

Nach der Einigung der EU-Verteidigungs- und Außenminister wird zum ersten Mal eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik ausgearbeitet. Die neue Strategie, die als „Strategischer Kompass“ bezeichnet wird, wurde von EU-Spitzendiplomaten als „Wendepunkt für die Europäische Union als Sicherheitsanbieter und ein wichtiger Schritt für die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ bezeichnet.

Die EU soll durch den Strategischen Kompass in der Lage sein, ihre Bürgerinnen und Bürger zu schützen und zu Frieden und Sicherheit in der Welt beizutragen. Dies scheint umso wichtiger in einer Zeit, in der der Krieg nach der russischen Aggression gegen die Ukraine nach Europa zurückgekehrt ist und in der sich große geopolitische Verschiebungen vollziehen. Der Kompass soll die Handlungsfähigkeit der EU und ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit Partnern zur Wahrung ihrer Werte und Interessen stärken.

Eine stärkere und fähigere EU in den Bereichen der Sicherheit und Verteidigung soll einen positiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leisten und die NATO ergänzen, die nicht nur für ihre Mitglieder, sondern für Europa insgesamt nach wie vor das Fundament der kollektiven Verteidigung bildet. Sie wird auch die Unterstützung für die globale, auf Regeln basierende Ordnung verstärken, in deren Mittelpunkt die Vereinten Nationen stehen.

Der Strategische Kompass bietet eine gemeinsame Bewertung des strategischen Umfelds, in dem die EU agiert, sowie der Bedrohungen und Herausforderungen, denen die Union gegenübersteht. Das Dokument enthält konkrete Vorschläge mit einem genauen Zeitplan für die Umsetzung, um die Fähigkeit der EU zu verbessern, in Krisen entschlossen zu handeln und somit die Sicherheit der EU zu erhöhen und die Bürgerinnen und Bürger zu schützen.

Der Kompass umfasst alle Aspekte der Sicherheits- und Verteidigungspolitik und gliedert sich in vier Säulen: Handeln, Investieren, mit Partnern zusammenarbeiten und sichern.

### Handeln

Um in der Lage zu sein, bei Ausbruch einer Krise schnell und entschlossen zu handeln, wenn möglich mit Partnern und wenn nötig allein, wird die EU eine starke EU-Kapazität für die rasche Entsendung von bis zu 5.000 Soldaten für verschiedene Arten von Krisen schaffen. Außerdem ist sie bereit, innerhalb von 30 Tagen 200 vollständig ausgerüstete Missionsexperten zu entsenden, auch in „komplexe Umgebungen“, also in Gebiete, in denen gekämpft wird. Die EU-Staaten wollen generell die die Mobilität militärischer Einheiten

verbessern. Sie wollen zivile Missionen und militärische Operationen der bisherigen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) stärken, indem sie den Entscheidungsprozess beschleunigen und flexibilisieren. Die Fähigkeit zu erforderlichenfalls robustem Handeln, also dem Einsatz militärischer Gewalt, und eine größere finanzielle Solidarität der EU-Mitglieder untereinander sind weitere wichtige Themen des Kompass. Die bestehende Europäische Friedensfazilität wollen die Regierungen gezielt nutzen, um Partner der zu unterstützen.



Ursula von der Leyen im ukrainischen Butscha, mit Bürgermeister Anatoly Fedoruk (links) und Verteidigungsminister Oleksii Reznikow

### Sichern

Um ihre Fähigkeit zur Antizipation, Abschreckung und Reaktion auf aktuelle und sich rasch abzeichnende Bedrohungen und Herausforderungen zu verbessern und die Sicherheitsinteressen der EU zu wahren, will die EU ihre nachrichtendienstlichen Analysekapazitäten ausbauen und eine Hybrid Toolbox und Reaktionsteams entwickeln, um ein breites Spektrum an hybriden Bedrohungen zu erkennen und auf sie zu reagieren. Ebenso soll die Cyber-Diplomatie-Toolbox weiterentwickelt und eine EU-Cyber-Verteidigungspolitik eingeführt werden, um besser auf Cyberangriffe vorbereitet zu sein und darauf reagieren zu können. Außerdem wird die Entwicklung einer Toolbox für ausländische Informationsmanipulation und -interferenz und die Entwicklung einer EU-Weltraumstrategie für Sicherheit und Verteidigung sowie eine Stärkung der Rolle der EU als Akteur der maritimen Sicherheit angestrebt.

### Investieren

Die Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, ihre Verteidigungsausgaben erheblich zu erhöhen, um den gemeinsamen Zielen gerecht zu werden, kritische militärische und zivile

## Thema

Fähigkeitslücken zu schließen und die europäische verteidigungstechnologische und -industrielle Basis zu stärken. Die EU beabsichtigt einen Austausch über nationale Ziele zur Erhöhung und Verbesserung der Verteidigungsausgaben, um den gemeinsamen Sicherheitsbedürfnissen gerecht zu werden. Darüber hinaus will die EU weitere Anreize für die Mitgliedstaaten schaffen, gemeinsam in strategische Fähigkeiten der nächsten Generation zu investieren, um zu Land, zu Wasser, in der Luft, im Cyber-Bereich und im Weltraum zu operieren. Ebenso soll die verteidigungstechnologische Innovation gefördert werden, um strategische Lücken zu schließen und technologische und industrielle Abhängigkeiten zu verringern.

### Partner

Um gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen zu bewältigen, wird die EU die Zusammenarbeit mit strategischen Partnern wie der NATO, den Vereinten Nationen und regionalen Partnern, einschließlich der OSZE, der AU und der ASEAN, verstärken sowie mehr maßgeschneiderte bilaterale Partnerschaften mit gleichgesinnten Ländern und strategischen Partnern wie den USA, Kanada, Norwegen, dem Vereinigten Königreich, Japan und anderen aufbauen. Zudem sollen Partnerschaften in den westlichen Balkanstaaten, in Afrika, Asien und Lateinamerika entwickelt werden, unter anderem durch den Ausbau des Dialogs und der Zusammenarbeit, die Förderung der Teilnahme an GSVP-Missionen und -Operationen und die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus.

### Geteiltes Echo bei Experten

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borell, verdeutlicht in diesem Zusammenhang, dass die Bedrohungen zunehmen und die Kosten der Untätigkeit klar seien: „Der Strategische Kompass ist ein Leitfaden für unser Handeln. In ihm wird ein ehrgeiziger Weg für unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik für das nächste Jahrzehnt aufgezeigt.“ Er werde dabei helfen, sich der Sicherheitsverantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern und der übrigen Welt zu stellen.

In einer öffentlichen Anhörung des Auswärtigen Ausschusses unter Vorsitz von Michael Roth äußerten sich im Februar 2022 Sachverständige zum Entwurf des Kompasses. Die Europäerinnen und Europäer müssten mittelfristig auch die Frage beantworten, wie sie es mit der atomaren Bewaffnung und der Abschreckung Russlands hielten, sagt Stefanie Babst.

Die Beraterin für Sicherheitspolitik in London war viele Jahre auf hochrangigen Posten als NATO-Diplomatin aktiv. „Der Umstand, dass unsere amerikanischen Verbündeten nach wie vor die Sicherheit Europas und seiner Bürger gewährleisten, findet im strategischen Kompass nicht statt“, so Babst bei der Anhörung im Deutschen Bundestag. Die EU wolle mitspielen, gehört werden und mitgestalten, aber ein wesentliches Machtinstrument erwähne sie nicht: den nuklearen Schutzschirm der Amerikaner. „Der strategische Kompass gibt keinerlei Hinweise, ob und in welcher Form die Europäer in Zukunft eine eigene nukleare Abschreckungskapazität entwickeln wollen, die logischerweise auf der französischen Force de Frappe basieren müsste“, fasst die Expertin zusammen. Diese Frage dürfte inhaltlicher Schwerpunkt spätestens des nächsten Kompasses werden, welcher laut EU-Diplomaten für 2025 geplant ist.

David McAllister (Bild unten), Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, warb dafür, den Strategischen Kompass eng mit dem strategischen Konzept der Nato abzustimmen. Der Entwurf spreche sich für ein militärisches EU-Krisenmanagement aus, damit werde aber die klassische Bündnisverteidigung nicht abgedeckt werden können. Letztlich müsse es darum gehen, mit dem Kompass eine Lücke zwischen „abstrakten Strategien und konkreten Instrumenten“ zu schließen, hier seien die EU-Mitglieder gefragt. Es herrsche kein Mangel an strategischen Dokumenten und sicherheitspolitischen Vorhaben der EU, aber es hapere am Ende oft an der Umsetzung. Positiv hob McAllister hervor, dass beim Strategischen Kompass die Mitgliedstaaten eingebunden seien – im Unterschied zur „Globalen Strategie“ aus dem Jahr 2016, in der die gemeinsame Verteidigungspolitik noch weniger klar im Fokus stand.



## Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Dienste

**Der dbb begrüßt den Vorschlag einer EU-Regelung zu Einrichtungen der kritischen Infrastruktur. Der Rat der Europäischen Union hatte sich Ende Dezember 2021 mit dem Entwurf einer Richtlinie über die Widerstandsfähigkeit kritischer Einrichtungen befasst. Die Richtlinie zielt darauf ab, die Anfälligkeit kritischer Infrastrukturen und Systeme in neun Sektoren zu verringern und ihre Widerstandsfähigkeit zu erhöhen. Für den dbb ist diese Richtlinie von großer Wichtigkeit, da hierdurch auch die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Dienste verbessert werden soll. Der dbb richtet einige Forderungen an die Bundesregierung.**

Die in der Richtlinie genannten Einrichtungen umfassen physische Infrastrukturen und erbringen wichtige Dienstleistungen, von denen die Lebensgrundlage der Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Union und das problemlose Funktionieren des Binnenmarkts abhängen. Das Verhandlungsmandat des Rates umfasst die Bereiche Energie, Verkehr, Banken, Finanzmarktinfrastruktur, Gesundheit, Trinkwasser, Abwasser, digitale Infrastruktur und Weltraum.

Laut slowenischem Innenminister Aleš Hojs haben eine Reihe von Krisen in den letzten Jahren, darunter Terroranschläge, Covid-19 und extreme Wetterbedingungen, die kritische Infrastrukturen und Systeme gefährdet und gezeigt, dass mehr getan werden kann, um auf die Krisen der Zukunft vorbereitet zu sein. Die Stärkung der Widerstandsfähigkeit Europas war deshalb auch eine der Prioritäten der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2021.

Gemäß der nun im Rat vereinbarten Position müssen die EU-Mitglieder eine Strategie zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit ihrer kritischen Einrichtungen entwickeln, mindestens alle vier Jahre eine Risikobewertung durchführen und wesentliche Einrichtungen identifizieren, die lebenswichtige Dienstleistungen erbringen. Kritische Einrichtungen müssen die relevanten Risiken ermitteln, die die Erbringung wesentlicher Dienste erheblich stören können, geeignete Maßnahmen zur Gewährleistung ihrer Widerstandsfähigkeit ergreifen und den zuständigen Behörden Störfälle melden.

Die Europäische Kommission hatte im Dezember 2020 den Richtlinienentwurf zu kritischen Infrastrukturen und einen Richtlinienentwurf zur Cybersicherheit vorgelegt. Mit dem Vorschlag soll nun die derzeitige Richtlinie über die Ermittlung und Ausweisung europäischer kritischer Infrastrukturen aufgehoben und ersetzt werden.

Der dbb bekräftigt, dass kritische Einrichtungen in der gesamten EU wesentliche Dienstleistungen erbringen und dabei mit einer wachsenden Zahl von Bedrohungen konfrontiert sind.

Es sei daher von großer Bedeutung, ihre Fähigkeit zur Bewältigung von Risiken für ihren Betrieb zu stärken und gleichzeitig das Funktionieren des Binnenmarktes für wesentliche Dienstleistungen zu verbessern.

Hierbei sei zu begrüßen, dass durch die Richtlinie die Widerstandsfähigkeit der öffentlichen Dienste und der Infrastruktur verbessert werden sollen. Mit Blick auf die Pandemie, die Hochwasser-Katastrophe, den Angriff Russlands auf die Ukraine sowie die zunehmende Gefahr durch Cyberangriffe handele es sich um eine den jüngsten Geschehnissen Rechnung tragende Maßnahme. Da auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten davon auszugehen sei, dass Krisen wie eine Pandemie erneut stattfinden können, betont der dbb, dass die öffentlichen Dienste Europas hierfür besser gewappnet sein müssten. „Die Beschäftigten der öffentli-



chen Dienste haben trotz widriger Umstände, notorischem Personalmangel und mangelhafter Sachausstattung mit großem Einsatz dazu beigetragen, die Krise zu beherrschen.“

Die neuen Rechtsvorschriften über die Widerstandsfähigkeit kritischer Einrichtungen sollen zur Stabilität der europäischen gesellschaftlichen Ordnung beitragen, indem sie den Mitgliedstaaten helfen, Störfälle zu verhindern, ihnen zu widerstehen und sich von ihnen zu erholen. Daher sieht es auch der dbb als großen Mehrwert, einen unionsweiten Rahmen zu schaffen, der sowohl darauf abzielt, die Resilienz kritischer Einrichtungen im Binnenmarkt durch die Festlegung eines harmonisierten Minimums an Verpflichtungen zu verbessern, als auch darauf, diesen Einrichtungen durch kohärente, gezielte Unterstützungs- und Aufsichtsmaßnahmen zu helfen.

>>> Weiterlesen

## Resiliente Bildungssysteme für Europa

**Wäre uns Ende 2019 gesagt worden, dass eine Pandemie und ein Krieg in Europa innerhalb der nächsten zwei Jahre unermessliches menschliches Leid über uns bringen, hätten die meisten von uns mit ungläubigem Kopfschütteln reagiert. Doch die letzten beiden Jahre haben vieles, was für uns als selbstverständlich galt, fundamental in Frage gestellt. Anfängen von dem sozialen Miteinander über den gesellschaftlichen Zusammenhalt bis hin zur territorialen Integrität von souveränen Staaten.**

Wenngleich die Krisen nahezu alle Gesellschaftsbereiche der Europäischen Union (EU) betreffen, war und ist der Bildungsbereich in besonderem Ausmaß betroffen. Kitas, Schulen und Universitäten sind Orte der Bildung, der Begegnung und des sozialen Lernens. Pandemiebedingte Einrichtungsschließungen haben trotz aller Anstrengungen des Personals ihre Spuren hinterlassen. Die Pandemie und ihre Folgen haben zu erheblichen Lernverlusten, psychosozialen Folgen und einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten geführt. All das wird die Bildungsbiografien einer gesamten Generation nachhaltig prägen, weswegen die Pandemie oftmals mit einer Bildungskrise gleichgesetzt wird.

Der russische Angriffskrieg in der Ukraine hat zu der größten Fluchtbewegung in Europa seit dem zweiten Weltkrieg geführt. Viele der bisher 5,5 Millionen geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern sind Kinder und Jugendliche, die aus ihren heimischen Bildungssystemen herausgerissen wurden. Um ihnen ein wichtiges Stück Normalität zurückzugeben und die Kontinuität ihrer Bildungskarrieren sicherzustellen, müssen sie nun möglichst schnell in die Bildungssysteme der Mitgliedstaaten integriert werden. Doch nur, wenn den von der Pandemie gebeutelten, europäischen Bildungssystemen ausreichend Ressourcen zu Verfügung stehen, kann die Bildung, Betreuung und Erziehung der geflüchteten Kinder und Jugendlichen sichergestellt werden.

Neben den akuten Krisen ist die Bildung in Europa nach wie vor mit strukturellen Herausforderungen konfrontiert. Weiterhin weisen beträchtliche Anteile der Lernenden unterdurchschnittliche Leistungen im Bereich der Informationskompetenz auf. Die digitale Transformation der Bildung hat durch die Pandemie zwar eine Stärkung erfahren, birgt jedoch noch weiterhin großen Handlungsbedarf. Dieser wird von der EU unter anderem mit dem Aktionsplan für digitale Bildung berücksichtigt, der ein leistungsfähiges digitales Bildungssystem bis 2027 zum Ziel hat.

Die heutige Zeit und deren Herausforderungen setzen resiliente Bildungssysteme voraus. Die Kitas, Schulen und Universitäten Europas befinden sich seit mehr als zwei Jahren im

Stresstest. Weltweite Krisen, der Klimawandel, Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit und die fortschreitende Digitalisierung lassen ahnen, dass die Pandemie, der Krieg und die digitale Transformation der Bildung nicht die letzten Herausforderungen für die europäischen Staaten und deren Bildungssysteme darstellen werden.

Auch die EU als „Schuldenunion“ hätten viele bis vor Kurzem kaum erwartet. Doch außergewöhnliche Umstände erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. So hat die Europäische Union mit der Aufbau- und Resilienzfazilität das größte Konjunkturpaket seit dem Marshallplan geschaffen.

Dass nun nach aktuellen Berechnungen mehr als ein Zehntel des 675 Milliarden umfassenden Konjunkturpakets in die allgemeine und berufliche Bildung investiert werden, ist erfreulich und auch dringend geboten. Wenngleich die Bildungspolitik in den alleinigen Zuständigkeitsbereich der EU-Mitgliedstaaten fällt, ist ein gesamteuropäischer Ansatz von großer Bedeutung. Dieser Bedeutung wird mit dem Europäischen Bildungsraum Rechnung getragen, der die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU fördern und dadurch die Qualität und Inklusivität der nationalen Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung bis 2025 weiter verbessern soll.

Angesichts einer drohenden Rezession für ganz Europa dürfen wir uns auf den zehn Prozent des Konjunkturpakets nicht ausruhen – Bildung darf nicht zweitrangig behandelt werden. Sie muss vielmehr eine finanzielle und qualitative Aufwertung in der EU erfahren, länderspezifische Qualitätsunterschiede müssen auf hohem Niveau angepasst werden. Dass sich die Bildungsinvestitionen des wirtschaftsstärksten EU-Mitgliedsstaat Deutschlands nur im europäischen Mittelfeld bewegen, versinnbildlicht den weiterhin bestehenden Handlungsbedarf.

Denn die Bildungsleistungen der Bevölkerung sind der wohl wichtigste Bestimmungsfaktor für eine nachhaltig wachsende Volkswirtschaft. Ausgaben in Bildung stellen einen nachhaltigen Beitrag für die persönliche Entwicklung aller Europäerinnen und Europäer, die Chancengerechtigkeit, den europäischen Wohlstand und die Zukunft der Europäischen Union dar. Nur wenn wir es schaffen, die Qualität der Bildungssysteme europaweit auf herausragendes Niveau zu bringen, werden wir auch künftige Krisen bewältigen können.

(Jan Oliver Schmidt)

## Neues Europäisches Bauhaus

**Die Megatrends unserer Zeit, zu denen hoffentlich nicht auch dauerhaft Pandemie und Krieg gehören werden, sind und bleiben der Klimawandel, die Bevölkerungsalterung und die digitale Revolution. Die Europäische Kommission setzt mit ihrer Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ und ihrer „Mission für klimaneutrale und intelligente Städte“ wichtige Impulse, die besonders auch die lokalen Behörden ansprechen. Der Anpassungsdruck ist längst nicht mehr nur abstrakt. Die Bürgerinnen und Bürger erfahren ihn ganz konkret in ihrem Alltag, im Beruf wie auch im privaten Leben. Die Politik muss einen verlässlichen Rahmen für die notwendigen Anpassungen und Transformationen schaffen und auch eine Erzählung bieten, die den Menschen Kraft, Mut und Orientierung gibt. Der öffentliche Dienst steht vor der Aufgabe, diese Erzählung ermöglichend zu übersetzen. Die Verwaltung muss die mit dem Wandel verbundenen Prozesse entsprechend ihrer gesetzlichen Vorgaben begleiten. Wie gut sie das kann, hängt auch davon ab, ob die Politik ihr ausreichend Personal und Mittel gibt.**

Das „Neue Europäische Bauhaus“ (NEB) knüpft an das Bauhaus vor 100 Jahren an, das die Architektur mit seiner Rationalität und Funktionalität revolutionierte. Die Präsidentin der Kommission, Ursula von der Leyen, hat das „Neue Europäische Bauhaus“ ins Leben gerufen, um ökologische Nachhaltigkeit, soziale Inklusion und Ästhetik miteinander zu verbinden. Das NEB steht in engstem Zusammenhang mit der „Mission für klimaneutrale und intelligente Städte“. Ende April gab die Kommission bekannt, welche 100 europäischen Städte - 377 hatten sich beworben - aus dem Forschungs- und Innovationsprogramm der EU „Horizont Europa“ Fördermittel für ihre Projekte erhalten. Aus Deutschland sind mit Aachen, Dortmund, Dresden, Frankfurt am Main, Heidelberg, Leipzig, Mannheim, München und Münster neun Städte dabei.

Auch das Programm „NextGenerationEU“ unterstützt den nachhaltigen Umbau unserer Städte. Die 750 Milliarden Euro, die das Programm in Form von Darlehen und Zuschüssen für die EU-Mitgliedstaaten vorsieht, dienen neben der Überwindung der Pandemiefolgen insbesondere dem Ziel der klimaneutralen Transformation und der digitalen Modernisierung. Von der Leyen erklärte dazu: „Ich möchte, dass NextGenerationEU eine europäische Renovierungswelle auslöst und unsere Union zu einem Vorreiter in der Kreislaufwirtschaft macht. Das ist jedoch nicht nur ein ökologisches und wirtschaftliches Projekt: Es muss auch ein neues Kulturprojekt für Europa werden.“

Das NEB ist ein solches Kulturprojekt. Es fördert über den Fonds für regionale Entwicklung mit jeweils fünf Millionen

Euro fünf ausgewählte Demonstrationsprojekte in elf Mitgliedstaaten, darunter auch Deutschland. Am 4. Mai stellte von der Leyen die NEB-Demonstrationsprojekte vor. München ist mit Neuperlach dabei, einem in den 1960er Jahren auf der grünen Wiese gebauten neuen Stadtviertel mit hoher Arbeitslosigkeit und inzwischen großenteils renovierungsbedürftiger Bausubstanz.

Das Neue Europäische Bauhaus lädt über die geförderten Demonstrationsprojekte hinaus zum Mitmachen ein. Städte und Gemeinden, private Akteure und öffentliche Behörden können „Freunde“ des NEB werden. Sie erklären damit ihre Unterstützung für ökologische und soziale Verantwortung, bekennen sich zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten, Freiheit und Chancengleichheit.



Volker Geyer, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik verfolgt die Leuchtturmprojekte des NEB mit großem Interesse: „Die Kommission setzt gute Impulse für die Transformation, an deren Anfang wir stehen. Das ist auch ein Thema für den nachhaltigen öffentlichen Dienst der Zukunft. Gerade auf lokaler Ebene gibt es viel Potential für die Zusammenarbeit von Politik, Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern. Da wollen auch wir Gewerkschaften des öffentlichen Diensts uns einbringen, denn das Thema Nachhaltigkeit ist auch mit der Attraktivität der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und den Arbeitsbedingungen der Zukunft verbunden. Die Kolleginnen und Kollegen auf dieser Reise mitzunehmen, setzt allerdings voraus, dass ihre Behörden über genug qualifiziertes Personal und eine moderne Ausstattung verfügen. Die Beschäftigten des öffentlichen Diensts, als Bürgerinnen und Bürger natürlich auch unmittelbar Betroffene, sind Agenten des Wandels.“

## Auf dem Weg zur Gesundheitsunion

**Gesundheitspolitik stärker als bisher in die europäische Kompetenz zu stellen, ist ein zentraler Wunsch der Bürgerinnen und Bürger, die an der Konferenz zur Zukunft Europas teilnahmen. Sie werden darin von weiten Teilen der EU-Abgeordneten unterstützt. Die Europäische Kommission verfolgt vor dem Hintergrund der zu Pandemiebeginn hilfreichen Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten das Ziel einer europäischen Gesundheitsunion. Die EU-weite Vernetzung digitaler Gesundheitsdaten gilt dabei als ein wichtiger Schritt. Am 3. Mai veröffentlichte die Kommission ihre Initiative für den europäischen Raum für Gesundheitsdaten (European Health Data Space—EHDS). Die Kommission verspricht sich davon einen „Quantensprung“ für die Gesundheitsversorgung der Menschen in ganz Europa. Die Mitgliedstaaten sollen zuständige Behörden benennen. Zunächst werden aber Rat und Parlament über den Kommissionsvorschlag beraten.**

Brüssel will einen Binnenmarkt für digitale Gesundheitsdienste und –produkte verwirklichen. Dabei soll es nicht nur um einen neuen Markt und Effekte für die Wirtschaft gehen. Die Kommission verspricht sich von einer gemeinsamen Nutzung der Gesundheitsdaten unter anderem Impulse für die Forschung und eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung in den Mitgliedstaaten. Die für Gesundheit zuständige EU-Kommissarin Stella Kyriakides erklärte ohne Umschweife: „Heute errichten wir eine weitere Säule für die europäische Gesundheitsunion. Unsere Vision wird Wirklichkeit.“ Der europäische Raum für Gesundheitsdaten sei ein grundlegender Umbruch im digitalen Wandel der Gesundheitsversorgung in der EU. Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas betonte, der geplante Umgang mit den Gesundheitsdaten sei sicher und stehe mit den Grundwerten der EU im Einklang.

Die Mitgliedstaaten sollen fortan sicherstellen, dass Patientenakten, elektronische Verschreibungen, Bilddaten und Bildberichte, Laborergebnisse und Entlassungsberichte in einem gemeinsamen digitalen Format erstellt werden. Höchste Anforderungen in Bezug auf die Interoperabilität, also die grenzübergreifende Nutzbarkeit der Daten, und die Datensicherheit seien zu gewährleisten. Die nationalen Gesundheitsbehörden sollen sich an der grenzüberschreitenden digitalen Infrastruktur beteiligen und die Patientinnen und Patienten beim Austausch ihrer Daten unterstützen.

Im europäischen Raum für Gesundheitsdaten sollen die Bürgerinnen und Bürger einen kostenlosen, unmittelbaren und einfachen Zugang zu ihren Gesundheitsdaten erhalten. Sie sollen über ihre Patientendaten verfügen, diese gleichzeitig strengsten Datenschutzvorschriften entsprechend der Datenschutz-Grundverordnung unterliegen. Es ist geplant, den

Patientinnen und Patienten zu ermöglichen, ihre Daten problemlos mit Angehörigen der Gesundheitsberufe in und zwischen den Mitgliedstaaten teilen zu können. Die Kommission verspricht: „Die Bürgerinnen und Bürger werden die vollständige Kontrolle über ihre Daten übernehmen und in der Lage sein, Informationen hinzuzufügen, falsche Daten zu berichtigen, den Zugang für andere zu beschränken und Informationen darüber zu erhalten, wie und zu welchem Zweck ihre Daten verwendet werden.“

Werden die Daten der elektronischen Patientenakten für Forschungszwecke oder auch für wirtschaftliche Innovationen gebraucht, müssen sie zwingend anonymisiert werden. Sie dürfen dann auf keinen Fall rückverfolgbar, die betroffenen Patientinnen und Patienten nicht identifizierbar sein. Die Hersteller der elektronischen Patientenakten müssen die Einhaltung gesetzlicher Normen zertifizieren, die nationalen Behörden Zugang etwa von Forschenden zu Gesundheitsdaten genehmigen. Datenzugang darf nur gewährt werden, wenn der Verwendungszweck klar definiert ist, die Verwendung in einer geschlossenen, sicheren Umgebung stattfindet und die Daten anonymisiert sind.



Die Kommissionsmitglieder Kyriakides und Schinas während der Vorstellung des Raums für Gesundheitsdaten

Der europäische Raum für Gesundheitsdaten wird laut Kommission den künftigen Einsatz von digitalen öffentlichen Gütern in der EU wie von künstlicher Intelligenz, Hochleistungsrechnern, Cloud- und intelligenter Middleware nutzen. Hintergrund der Initiative sind Erfahrungen, die während der Pandemie gesammelt wurden. Die Vorschriften und Verfahren der Mitgliedstaaten erschwerten den Zugang zu dringend benötigten Daten. Das soll in einem gemeinsamen Raum für Gesundheitsdaten besser werden.

## Erklärung zum Europatag

Zum 9. Mai, dem Europatag, hat die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen eine Erklärung abgegeben. In dieser geht sie insbesondere auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ein. Von der Leyen betont, dass Europa fest an der Seite der Ukraine stehe. Gleichzeitig erinnere sie der Überfall des Kreml daran, warum der Europatag gefeiert werde. Schließlich handele es sich bei dem 9. Mai um den Tag, „an dem das heutige friedliche, wohlhabende und geeinte Europa aus der Taufe gehoben wurde.“ Zweiundsiebzig Jahre später sei Europa stärker und geeinter denn je: Der Binnenmarkt erhole sich von der Covid-19-Krise, die Mitgliedstaaten haben bereits 100 Milliarden Euro aus dem Aufbaufonds NextGenerationEU erhalten, die EU arbeite hart für den Klimaschutz und stelle Regeln für das digitale Zeitalter auf.

>>> Mehr

## Europäische Energiesicherheit

Die EU-/US-Taskforce für Energiesicherheit hat sich am 28. April in Washington getroffen, um die Umsetzung der gemeinsamen Erklärung von US-Präsident Biden und Kommissionspräsidentin von der Leyen vom 25. März zu besprechen sowie die Fortschritte bei der Diversifizierung der Erdgasversorgung und der Verringerung der Erdgasnachfrage in Europa zu untersuchen. Außerdem wurde über die Energiebeschaffungsplattform der EU gesprochen sowie die Pläne, einen Rahmen zu schaffen, um die Diversifizierung der Gasversorgung zu beschleunigen. Auf der Tagesordnung stand ebenso die Erörterung von Möglichkeiten zur Verringerung der Erdgasnachfrage in Europa, unter anderem durch den Einsatz von Wärmepumpen, durch Technologien zur Förderung von Energieeffizienz und -einsparungen und durch erneuerbare Energien. Im Juni wird die Task-Force erneut zusammenkommen, um die Fortschritte bei der Umsetzung des Arbeitsplans zu bewerten.

>>> Mehr

## Erstes Treffen der Energiebeschaffungsplattform

Die EU-Kommission und die Mitgliedstaaten haben eine Plattform für die gemeinsame Beschaffung von Gas, Flüssigerdgas und Wasserstoff eingerichtet. Hierdurch soll die Versorgung der EU mit Energie zu erschwinglichen Preisen gesichert und die Abhängigkeit von russischem Gas so schnell wie möglich beendet werden. Am 8. April fand nun das erste Treffen der Plattform unter dem Vorsitz von Ditte Juul Jørgensen, der Generaldirektorin der GD Energie, statt. Die Plattform soll, rechtzeitig vor dem nächsten Winter, einen

Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Ebenso befasst sie sich damit, die bestehende Gasinfrastruktur zu optimieren sowie die Zusammenarbeit mit bereits bestehenden Lieferpartnern zu verbessern. Frans Timmermans, Exekutiv-Vizepräsident für den europäischen Grünen Deal, betonte: „Es liegt klar auf der Hand, dass die Europäische Union bei der Deckung ihres Energiebedarfs zu stark von Russland abhängig ist.“ Über die Energiebeschaffungsplattform könnten die Mitgliedstaaten jetzt bei Gaskäufen von anderen Lieferanten und bei der Entwicklung eines internationalen Wasserstoffmarkts zusammenarbeiten.

>>> Mehr

## Strategische Reserven für Notfälle

Am 6. April hat die EU-Kommission verkündet, dass sie im Rahmen des EU-Katastrophenschutzverfahrens strategische Reserven an Bewältigungskapazitäten bildet, um die Krisenvorsorge und -reaktion der EU bei Gefahren für die öffentliche Gesundheit, unter anderem durch chemische, biologische, radiologische und nukleare Bedrohungen zu verbessern. Hierzu zählt ein strategischer rescEU-Vorrat in Höhe von 540,5 Millionen Euro. Dieser ist in Zusammenarbeit mit der Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen eingerichtet worden. Als ersten Schritt hat die EU ihre Reserve für die Beschaffung von Kaliumiodidtabletten mobilisiert, welche zum Schutz der Menschen vor den schädlichen Auswirkungen von Strahlung verwendet werden können.

>>> Mehr

## Staatliche Beihilfen, Krieg und Sanktionen

Am 4. Mai hat die Europäische Kommission eine Rahmenregelung genehmigt, mit welcher Deutschland es vor dem Hintergrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine ermöglicht wird, Unternehmen aller Wirtschaftszweige zu unterstützen. Die Regelung, mit einem Budget von rund elf Milliarden Euro, wurde auf Grundlage des Befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen genehmigt. Margrethe Vestager, die für Wettbewerbspolitik zuständige Exekutiv-Vizepräsidentin der Kommission, erklärte dazu: „Diese Rahmenregelung wird es Deutschland ermöglichen, die wirtschaftlichen Auswirkungen von Putins Krieg in der Ukraine abzufedern und branchenübergreifend Unternehmen, die von der derzeitigen Krise und den damit verbundenen Sanktionen betroffen sind, weiter zu unterstützen.“ Die Kommission stehe weiterhin an der Seite der Ukraine und des ukrainischen Volkes. Gleichzeitig arbeite sie weiterhin eng mit den Mitgliedstaaten zusammen, sodass die nationalen Unterstützungsmaßnahmen rechtzeitig sowie auf koordinierte

und effiziente Weise eingeführt werden können und gleichzeitig faire Wettbewerbsbedingungen im Binnenmarkt gewahrt würden.

>>> Mehr

### Lernen und Beschäftigungsfähigkeit

Das Plenum des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) berät am 18./19. Mai über eine Stellungnahme zu Vorschlägen für eine Empfehlung des Rates über einen europäischen Ansatz für Microcredentials für lebenslanges Lernen und Beschäftigungsfähigkeit sowie zu individuellen Lernkonten. Die Berichterstatterinnen Tatjana Babrauskienė und Mariya Mincheva fordern, die Steuerung sowie die Finanzierung der Erwachsenenbildung und der Weiterbildung von Arbeitnehmern zu verbessern. Stimmt das Plenum der Stellungnahme zu, wird der EWSA dazu aufrufen, in den Vorschlägen konkrete Verbesserungen vorzusehen. Demnach sollen alle Erwachsenen, vor allem die besonders schutzbedürftigen, das Recht auf wirksame, hochwertige und inklusive Weiterbildungsangebote für Arbeitnehmer, bezahlten Bildungsurlaub, umfassende Qualifikationen, Validierung des informellen und nichtformalen Lernens sowie Orientierung und Beratung haben. Individuelle Lernkonten und ähnliche Finanzierungssysteme sollen den Zugang zu anerkannten und validierten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen verbessern und Arbeitnehmern die Teilnahme an Verfahren zur Validierung ihrer Kompetenzen und ihrer Berufserfahrung ermöglichen. Microcredentials seien mit Beteiligung der Sozialpartner von den zuständigen Behörden anzuerkennen, heißt es in dem zur Abstimmung vorliegenden Entwurf.

>>> Mehr

### Sicherheitsunion und Schengenpaket

Gleichfalls in seiner Mai-Tagung wird der EWSA über eine Stellungnahme zum so genannten Schengenpaket beziehungsweise zur Sicherheitsunion abstimmen. Dabei geht es um Vorschläge der Kommission für eine Richtlinie und eine Verordnung über den Daten- beziehungsweise Informationsaustausch zwischen Polizei- und Strafverfolgungsbehörden sowie um zwei Verordnungen zur europäischen Asyl- und Migrationspolitik. Die Kommission reagiert mit ihren Vorschlägen insbesondere auf die von Minsk und Moskau motivierten Grenzübertritte von Flüchtlingen aus dem Nahen Osten sowie auf den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Der Berichterstatter, Krzysztof Balon, unterstreicht in seinem Entwurf, dass „dringend wirksame, authentische, humane und humanitäre gemeinsame europäische Regelungen für die Zusammenarbeit in den Bereichen Migration,

Asyl und Sicherheit in einem offenen, aber gleichermaßen sicheren Schengen-Raum ergriffen werden müssen, die im Einklang mit der Charta der Grundrechte stehen“. Die Stellungnahme betont, dass der EWSA sich nachdrücklich für bessere Bedingungen für alle Flüchtlinge einsetzt und fordert die Achtung des Rechts auf Nichtzurückweisung. Der Berichterstatter spricht sich für hohe ethische Standards bei der Erhebung und Speicherung von Europol-Daten aus.

>>> Mehr

### Zukunft des Internets

Am 28. April hat die Europäische Union, die USA sowie weitere internationale Partner eine Erklärung zur Zukunft des Internets vorgelegt, in welcher Zielvorstellung und Grundsätze eines vertrauenswürdigen Internets ausgeführt sind. In der Erklärung wird sich für ein Internet ausgesprochen, das offen, frei, global, interoperabel, zuverlässig und sicher ist. Außerdem bestärken die Partner ihr Engagement für den Schutz und die Achtung der Menschenrechte im Internet und in der gesamten digitalen Welt. Sie teilen die Überzeugung, dass das Internet als ein einziges dezentrales Netz der Netze funktionieren sollte, in dem digitale Technologien vertrauenswürdig eingesetzt werden, Diskriminierung von Personen keinen Platz habe, der Markt der Online-Plattformen bestreitbar bleibe und ein fairer Wettbewerb zwischen Unternehmen möglich sei. Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen erklärte hierzu: „Heute formulieren gleich gesinnte Länder aus aller Welt zum ersten Mal eine gemeinsame Zielvorstellung für die Zukunft des Internets, damit die Werte, an die wir glauben, nicht nur offline, sondern auch online geschützt werden, damit das Internet zu einem sicheren Ort und einem vertrauenswürdigen Raum für alle wird und damit es unserer individuellen Freiheit dient.“ Denn die Zukunft des Internets sei auch die Zukunft der Demokratie, die Zukunft der Menschheit.

>>> Mehr

### Gesetz über digitale Dienste

Die Europäische Kommission hat am 23. April die schnelle politische Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten über den Vorschlag für den Rechtsakt über digitale Dienste befürwortet. Durch das Gesetz wird ein neuer Standard für die Rechenschaftspflicht von Online-Plattformen in Bezug auf illegale und schädliche Inhalte gesetzt. Der neue Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste beruht auf europäischen Werten, darunter die Achtung der Menschenrechte, Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Er soll die Rechte und Pflichten der Nutzer, der Online-Vermittler, einschließlich der Online-

Plattformen und der großen Online-Plattformen sowie der Behörden neu austarieren. Ursula von der Leyen erklärte hierzu: „Die heutige Einigung über das Gesetz über digitale Dienste ist historisch, sowohl in Bezug auf die Geschwindigkeit, in der eine Einigung darüber erzielt wurde, als auch auf seinen Inhalt.“ Mit dem Gesetz über digitale Dienste würden die Grundregeln für alle Online-Dienste in der EU aktualisiert. Es werde sichergestellt, dass das Online-Umfeld ein sicherer Raum bleibe und die freie Meinungsäußerung und die Chancen für digitale Unternehmen gewahrt würden. Es verleihe dem Grundsatz, dass das, was offline illegal ist, auch online illegal sein solle, praktische Wirkung. Je größer die Online-Plattform, desto größer sei ihre Verantwortung.

>>> Mehr

### Digitalisierung der justiziellen Zusammenarbeit

Ein Verordnung- und ein Richtlinienvorschlag zur digitalen Zusammenarbeit der Justiz sind Gegenstand einer Stellungnahme des Berichterstatters Maurizio Mensi, die im Plenum des EWSA zur Beratung ansteht. Im Wesentlichen zielen die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen darauf ab, die Effizienz des Justizsystems durch die Vereinfachung des Verwaltungsaufwands und durch die Verringerung des Zeit- und Kostenaufwands für die Bearbeitung von Rechtssachen zu verbessern und so einen besseren und gerechteren Zugang zur Justiz zu ermöglichen. Der Berichterstatter begrüßt einen stärkeren Digitalisierungsgrad der Justiz im Grundsatz, hält aber fest, dass natürliche und juristische Personen auch weiterhin die Möglichkeit haben müssen, in Papierform zu kommunizieren. „Auf diese Weise soll der Zugang zur Justiz für alle sichergestellt werden, einschließlich schutzbedürftiger Personen, Minderjähriger und Personen, die technische Hilfe benötigen, in abgelegenen Gebieten leben oder keinen Zugang zu den erforderlichen digitalen Mitteln oder den erforderlichen Kompetenzen haben.“ Die Stellungnahme unterstreicht die Notwendigkeit von Schulungen der Justizbeschäftigten, die auf die Bedürfnisse von Verdächtigen, Beschuldigten, Zeugen oder schutzbedürftigen Opfern zugeschnitten sind, um deren wirksamen Zugang zur Justiz mit digitalen Mitteln zu gewährleisten.

>>> Mehr

### Digitalisierung des Visumverfahrens

Am 27. April hat die Kommission die Digitalisierung des Visumverfahrens vorgeschlagen. Dies soll zu einem Ersetzen der Visumsmarke führen sowie es ermöglichen, ein Visum über eine europäische Online-Visumplattform einzureichen. Visumantragsteller sollen hierdurch unabhängig vom Schengen-Land, in das sie reisen möchten, ein Visum online über

eine einzige EU-Plattform beantragen können. Die Plattform soll automatisch ermitteln, welches Schengen-Land für die Prüfung eines Antrags zuständig ist, besonders wenn der Antragsteller in mehrere Schengen-Länder reisen möchte. In dem neuen Migrations- und Asylpaket ist vorgesehen, dass die vollständige Digitalisierung des Visumverfahrens bis 2025 abgeschlossen ist. Die für Inneres zuständige EU-Kommissarin Ylva Johansson betonte: „Ein modernes Visumverfahren ist entscheidend, um Reisen in der EU für Touristen und Geschäftsleute zu vereinfachen.“ Die Hälfte der Reisenden, die mit einem Schengen-Visum in die EU einreisen, würden die Visumbeantragung als aufwändig erachten, und ein Drittel der Antragsteller müsse für die Antragstellung weit reisen. Es sei höchste Zeit, dass die EU eine schnelle, sichere und web-basierte EU-Visumantragsplattform für die Bürgerinnen und Bürger von 102 Drittstaaten anbiete, die ein Visum für den kurzfristigen Aufenthalt benötigten, um in die EU einreisen zu können.

>>> Mehr

### Kampf gegen Hasskriminalität

Die EWSA-Berichterstatter Cristian Pirvulescu und Milena Angelova stellen am 18./19. Mai eine Stellungnahme über die Strafverfolgung von Hasskriminalität zur Abstimmung, an der auch Christian Moos mitgearbeitet hat. Die Stellungnahme beschäftigt sich mit dem besorgniserregenden Phänomen einer zunehmenden Zahl hassmotivierter Angriffe auf Einzelpersonen und Gruppen. Der EWSA hält Hetze und Hasskriminalität für schwere Straftatbestände, die es dem europäischen Gesetzgeber erlauben, Mindestvorschriften für die Definition dieser Straftaten und Strafen festzulegen. Die Stellungnahme würde den Rat, sofern sie unverändert angenommen wird, dazu auffordern, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Der Entwurf der Stellungnahme schließt sich der Feststellung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte an, dass in Fällen, in denen schwere Straftaten darstellende Handlungen gegen die physische und psychische Integrität einer Person gerichtet sind, nur wirksame strafrechtliche Mechanismen einen angemessenen Schutz gewährleisten und abschreckend wirken können. Hetze und Hasskriminalität müssten bekämpft werden, unabhängig davon, wo sie sich in Worten oder Handlungen äußern. Die Stellungnahme nennt ausdrücklich auch öffentliche Dienstleistungen. Auch die verbale und immer häufiger physische Gewalt gegen öffentlich Beschäftigte ließe sich so europaweit besser bekämpfen.

>>> Mehr

## Jugend bringt sich ein

Die Kommission hat am 6. Mai, in dem von ihr ausgerufenen Jahr der Jugend, eine Eurobarometer-Umfrage zu Jugend und Demokratie veröffentlicht. Diese soll ein Stimmungsbarmeter mit Blick auf die Gefühls- und Gedankenwelt der jungen Generation sein. Die Ergebnisse der Umfrage verdeutlichen, dass sich eine wachsende Mehrheit (58 Prozent) der jungen Bevölkerung aktiv in die Gesellschaft einbringt. Dies bedeutet eine Zunahme von 17 Prozentpunkten im Vergleich zum letzten Eurobarometer aus dem Jahr 2019. Rund 72 Prozent der jungen Menschen erhoffen sich für das Europäische Jahr der Jugend 2022, dass die Entscheidungsträger stärker auf ihre Anliegen eingehen, entsprechend handeln und sie in ihrer persönlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Entwicklung unterstützen. EU-Jugendkommissarin Mariya Gabriel betonte in diesem Zusammenhang: „Wir sehen heute, dass die jungen Menschen sich zunehmend einbringen und für die gesellschaftliche Zukunft engagieren. Ihnen liegen Frieden, internationale Zusammenarbeit, Wohlergehen und Umwelt am Herzen.“

>>> Mehr

## Anwerbung qualifizierter Fachkräfte

Am 27. April hat die Europäische Kommission Vorschläge zu einer nachhaltigen Migration als Teil ihres Migrationskonzepts im Migrations- und Asylpaket vorgelegt. Die Kommission schlägt in diesem Zusammenhang gesetzgeberische, operative und politische Initiativen vor, die der EU-Wirtschaft nutzen, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten intensivieren und das Migrationsmanagement langfristig verbessern sollen. In dem Vorschlagspaket sind außerdem Maßnahmen zur Erleichterung der Integration von geflüchteten Menschen aus der Ukraine enthalten. Die Kommission beabsichtigt eine Straffung des Verfahrens zur Erteilung einer kombinierten Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, um das Verfahren für Antragsteller und Arbeitgeber zu beschleunigen und zu vereinfachen. Anträge könnten sowohl aus Drittstaaten als auch innerhalb der EU gestellt werden und die Vorschriften zur Gewährleistung von Gleichbehandlung und Schutz vor Ausbeutung würden verschärft. Ylva Johansson, EU-Kommissarin für Inneres, sagte hierzu: „Jährlich kommen zwei bis drei Millionen Drittstaatsangehörige auf legalem Weg in die EU, im Gegensatz zu 125 000 bis 200 000 irregulären Einreisen.“ Legale Migration sei unerlässlich, damit sich unsere Wirtschaft erhole, der digitale und ökologische Wandel bewältigt werde und sichere Wege nach Europa geschaffen würden, bei gleichzeitiger Verringerung irregulärer Migration. „Mit dem heutigen Paket vereinfachen wir das Antragsverfahren für Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse in

der EU und stärken die Rechte von Aufhältigen und ihren Familienangehörigen“, so Johansson.

>>> Mehr

## Europäische Entwicklungstage

Am 21. und 22. Juni finden die Europäischen Entwicklungstage unter dem Motto „Global Gateway: nachhaltige Partnerschaften für eine vernetzte Welt“ statt. Hier sollen hochrangige Teilnehmer Bilanz über die Fortschritte der Global Gateway-Strategie ziehen. Die fünf Kernthemen der Strategie sind: Digitalisierung, Klima und Energie, Verkehr, Gesundheit, Bildung und Forschung. Hierzu wird es auf den Europäischen Entwicklungstagen mehrere hochrangige Podiumsdiskussionen geben. Außerdem wird sich in thematischen Veranstaltungen mit dem geopolitischen Kontext und der Notwendigkeit nachhaltiger Finanzierungsströme befasst. Jutta Urpilainen, EU-Kommissarin für internationale Partnerschaften, betonte in diesem Zusammenhang: „Global Gateway soll im Rahmen eines Team Europa-Konzepts unter Beteiligung von EU, Mitgliedstaaten, Entwicklungsfinanzierungsinstitutionen und Privatsektor bis 2027 Investitionen in Höhe von bis zu 300 Milliarden Euro mobilisieren.“ Die Global Gateway-Initiative wäre sehr positiv aufgenommen worden und mehrere Mitgliedstaaten hätten bereits konkrete Beiträge präsentiert. „Die Europäischen Entwicklungstage werden 2022 der perfekte Ort sein, um darüber zu sprechen, wie wir als Team Europa zusammen mit unseren Partnerländern, dem Privatsektor und europäischen Unternehmen Leitinitiativen umsetzen können“, so Urpilainen.

>>> Mehr

## Unterstützung für Journalismus

Die Kommission hat am 6. April bekanntgegeben, dass sieben Zusammenschlüsse von Nachrichtenmedienorganisationen Unterstützung für grenzüberschreitende Projekte zur Stärkung des Nachrichtensektors. Die ersten Projekte sind in dem Kontext bereits angelaufen. Hierbei handelt es sich unter anderem um Schulungen und Zuschüsse für lokale Investigativjournalisten, Zuschüsse für Medieninnovationen, Nachrichtenzentren in Städten außerhalb der nationalen Hauptstädte und die Nutzung von Blockchains zur Verbesserung der Einnahmen von Fotojournalisten.

>>> Mehr

## Studie zur digitalen Transformation

**Die Digitalisierung entfaltet sich nicht erst seit der Covid-Pandemie mit geradezu atemberaubender Geschwindigkeit und betrifft dabei mittlerweile fast alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens – so auch die Arbeitswelt und die öffentlichen Dienste mit ihren Beschäftigten. Eine neue von der CESI in Auftrag gegebene europäische Vergleichsstudie der litauischen Beratungsfirma Visual Analytics zeigt: Gewerkschaften und ihre Mitglieder müssen an der digitalen Transformation konstruktiv mitwirken, wollen sie nicht von ihr überrumpelt werden und ins Abseits geraten.**



Klaus Heeger, Generalsekretär der Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI)

Angelehnt ist die Studie an eine Digitalisierungsagenda der EU, die sich zunehmend umfassend gestaltet. Interoperabilität der öffentlichen Dienste, Regulierung von Telearbeit und Beschäftigung in der Plattformwirtschaft, Förderung digitaler Bildung und Kompetenzen, Ausgestaltung des Cyber-Datenschutzes, Begleitung des digitalen Wandels in Unternehmen, Aufbau von nachhaltigen

und sicheren digitalen Infrastrukturen, lauten nur einige der Schlagworte. Die Liste der Vorhaben der EU ist ambitioniert. Gemeinsam mit dem European Green Deal, dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050, soll eine umfassende Digitalisierung die EU und ihre Mitgliedstaaten zum globalen Vorreiter in wirtschaftlicher Innovation, schneller Verwaltung und klimafreundlichem Umweltschutz machen.

Dass die Digitalisierung inklusiv gestaltet wird und die Anliegen der Beschäftigten, ob in Unternehmen oder in öffentlichen Verwaltungen und Einrichtungen stets berücksichtigt werden, müsse eine zentrale Priorität der Gewerkschaften sein, so Visual Analytics in seiner neuen Studie. Die Gewerkschaften sollten die Digitalisierung dabei eher als Chance denn als Gefahr betrachten; sie zu ignorieren oder pauschal als arbeitnehmerfeindlich abzutun, sei realitätsfern und nicht im Interesse der Beschäftigten.

Vielmehr, so die Autoren, seien Aufgeschlossenheit und proaktive Mitgestaltung der beste Weg, um mit Arbeitgebern und Politik konkrete Lösungsansätze für eine sozial gerechte und nachhaltige Digitalisierung zu finden. Konkret heißt es: „Gewerkschaften sollten sich aktiv an Konsultationen und

Verhandlungen über die Umsetzung von neuen Technologien am Arbeitsplatz beteiligen, um deren Anwendung mit den Bedürfnissen der Arbeitnehmer bestmöglich in Einklang zu bringen.“ Und: „Gewerkschaften können die Einstellung der Arbeitnehmer zur Digitalisierung beeinflussen, um ein Umfeld zu schaffen, in dem Arbeitnehmer den digitalen Wandel nicht fürchten und bereit sind, ihn zu unterstützen.“

Klaus Heeger, Generalsekretär der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI), die die Studie in Auftrag gegeben hatte, unterstreicht diese Feststellung: „Gerade in stürmischen Zeiten sind Gewerkschaften seit jeher ein Anker für ihre Mitglieder, auf den sie sich verlassen und dem sie vertrauen. Dieses Kapital sollten die Gewerkschaften nutzen, um zu vermitteln und vor allem die Digitalisierungsprozesse mitzugestalten. Berechtigte Ängste und Sorgen der Beschäftigten dürfen nicht in die Fundamentalopposition führen. Das kann mittelfristig nicht im Interesse der Mitglieder sein. Denn die Digitalisierung findet statt, mit oder ohne uns. Nur durch unser Zutun können sehr konkrete Gefahren der Digitalisierung abgewandt werden. Dies ist die wohl wichtigste Erkenntnis der Studie.“

Die Studie ‘Digitalising public services: Making it work for citizens, business and workers’ wurde von der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften (CESI), bei der auch der dbb Mitglied ist, in Auftrag gegeben. Sie wurde zwischen 2021 und 2022 von der litauischen Beratungsfirma Visual Analytics angefertigt und ist seit Mai inklusive verschiedener Annexe und separaten Sektor- und Fallstudien auf der [Webseite der CESI](#) einsehbar.

## Europäische Pflegestrategie: Mehr Dienstleistungsqualität, verbesserte Arbeitsbedingungen?

**Nicht nur in Deutschland, sondern auch europaweit ist ein mangelhafter Zugang zu hochwertiger und erschwinglicher Pflege und Betreuung ein anhaltendes gesellschaftliches Problem, das viele Arbeitnehmer und Familien vor große Herausforderungen stellt – und wie in Deutschland sind die Arbeitsbedingungen für Betreuungs- und Pflegekräfte in vielen Mitgliedstaaten der EU noch nicht immer angemessen. Die Europäische Kommission will nun mit einer neuen Europäischen Pflegestrategie gegensteuern. Die in der CESI organisierten Gewerkschaften der Bediensteten in Pflege- und Betreuungsdiensten bringen sich in Stellung.**

Verfügbarkeit, Zugang, Erschwinglichkeit und Qualität: Mit einer neuen europäischen Strategie für Pflege und Betreuung möchte die Europäische Kommission helfen, sicherzustellen, dass alle Menschen, die Pflege und Betreuung benötigen, auch in allen Lebensphasen Zugang zu einer hochwertigen und erschwinglichen Pflege und Betreuung erhalten.

Zudem zielt sie darauf ab, verbesserte Arbeitsbedingungen für Betreuungs- und Pflegekräfte voranzutreiben, die gesellschaftliche Anerkennung der Betreuungs- und Pflegeberufe zu fördern – und eine Vergütung der Beschäftigten zu fordern, die den hohen gesellschaftlichen Wert und das wirtschaftliche Potenzial ihrer Arbeit auch widerspiegelt.



So soll die Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung im Rahmen der Barcelona-Ziele der EU von 2002 durch neue Maßnahmen für eine verbesserte Erreichbarkeit, Zugänglichkeit und Qualität von nicht segregierten und integrativen Dienstleistungen gestärkt werden. In der Langzeitpflege soll zunächst ein Rahmen für politische Reformen geschaffen werden, um einen verbesserten und erschwinglicheren Zugang zu hochwertigen Diensten zu gewährleisten. Konkret im Fokus stehen sollen dabei Investitionen in Pflegedienstleistungen, die Verbesserung von Arbeitsbedingungen, die Entlastung von informellen Pflegepersonen, Investitionen in ein aktives und gesundes Altern sowie Präventionsstrategien und die Bereitstellung von Unterstützung für technologische Innovationen im Sektor.

Für die in der CESI europäisch organisierten Gewerkschaften in den Bereichen der Pflege und Betreuung ist die Initiative der EU überfällig. CESI-Generalsekretär Klaus Heeger hebt hervor: „Dienstleistungen im Betreuungsbereich und die Arbeitsbedingungen im Sektor müssen europäisch gedacht werden.“

Heeger: „Der Binnenmarkt mit seiner Personen- und Dienstleistungsfreizügigkeit bringt es mit sich, dass verbesserte Rahmenbedingungen in einem Land anderswo zu strukturellen Abwanderungen von Fachkräften führen. Gerade in Osteuropa, aber auch in EU-Bertrittskandidatenländern im Balkan, birgt dies Gefahren eines problematischem Brain-Drain.

Vor diesem Hintergrund ist eine gewisse Koordination der EU in der Pflege- und Betreuungspolitik von großer Bedeutung. Von der Pflegestrategie erwarten wir konkrete Lösungsvorschläge, wie verbesserte Arbeitsbedingungen und europäische Kohäsion miteinander in Einklang zu bringen sind.“

Allerdings sollte, so Klaus Heeger, die Strategie in ihrer Wirkungskraft zunächst nicht überschätzt werden: „Bestehendes EU-Recht gibt der EU im Bereich der Pflege und Betreuung nur begrenzte gesetzgeberischen Kompetenzen. Deshalb wird die EU-Pflegestrategie wohl vornehmlich auf Ratsempfehlungen fußen. Wir hoffen, dass diese helfen können, national ausreichend politischen Druck zu entfalten, damit die Mitgliedstaaten in ihrem Sinne nötige Reformen und Investitionen angehen. Dies zu erreichen, muss unser Ziel sein, als europäischer Gewerkschaftsdachverband und zusammen mit unseren Mitgliedern auf nationalstaatlicher Ebene.“

In jedem Fall wird es nicht ohne neue finanzielle Aufwendungen und ein Mehr an Personal gehen, unterstreicht Klaus Heeger: „Im Fachkräftemangel lässt sich Dienstleistungsqualität nicht herbeizaubern. Wir müssen erklären, dass Ausgaben für die Betreuung und Erziehung unserer Jüngsten Investitionen sind, die sich langfristig auch für den Staat auszahlen, und dass eine qualitätsvolle Pflege im Alter und bei Krankheit ein Grundrecht ist, dass alle genießen sollten – unabhängig vom Geldbeutel.“

Die positiven, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von zugänglicher, qualitativ hochwertiger und personell besser ausgestatteten Pflege- und Betreuungsdiensten seien für alle Beteiligten erheblich: „Kinder erhalten einen optimalen Start ins schulische und gesellschaftliche Leben. Pflegebedürftige würden weniger von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht und hochwertig versorgt werden, wie sie es verdienen. Die Erwerbsbeteiligung von Eltern und Angehörigen würde steigen, wenn sie Pflege im privaten Umfeld nicht mehr selbst übernehmen müssen. Und überarbeitete und unterbezahlte Betreuungs- und Pflegekräfte würden angemessen entlohnt und durch die Schaffung neuer – steuer- und sozialversicherungspflichtigen – Stellen entlastet“, bilanziert Klaus Heeger.

Die neue EU-Pflegestrategie soll nach der politischen Sommerpause durch die Europäische Kommission in Form von zwei Vorschlägen für Ratsempfehlungen vorgestellt werden. Diese müssen danach vom Ministerrat angenommen werden. Die Position der CESI zur EU-Pflegestrategie ist auf ihrer Website einsehbar.